Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 12 | Redaktion: Berlin SW 68 Friedrichstr. 225 III. | Berlin, den 24. Juli 1925 | Herausgeber: Zentrale der KPD.

Die Schlußsitzung des Parteitags.

An die Bezirksleitungen und Parteitagsdelegierten.

Werte Genossen!

Die vorliegende Nummer des Bulletins Nr. 12 ist die letzte Nummer, die erscheint. Die Thesen und Beschlüsse, die im Bulletin nicht zum Abdruck gebracht wurden, werden in Sonderdruck herausgegeben und gehen den Bezirken durch die Zentrale zu. Außerdem erscheint in kürzester Zeit das Parteitagsprotokoll, das durch die bisher erschienenen Nummern des Bulletins nicht ersetzt werden kann, da im Protokoll neben den vollkommenen Thesen und Beschlüssen die Referate und die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner in vollem Wortlaut gebracht werden, was im Bulletin wegen Platzmangels nicht möglich war. Das Bulletin hat nur den Zweck, der raschen Berichterstattung, die auf Kosten der Ausführlichkeit und der Genauigkeit ging. Wir ersuchen daher die Parteifunktionäre, die Ortsgruppenleitungen, die Zellenleitungen, bei ihren Bezirksleitungen und diese wieder bei der Zentrale umgehend die für die betreffenden Bezirke in Frage kommenden Bestellungen aufzugeben. Besonders wichtig ist das diesjährige Parteitagsprotokoll für die Gewerkschaftsfunktionäre und Zellenleitungen, das in keiner Zelle und in keiner Gewerkschaftsfraktion fehlen darf.

Außerdem hat die Zentrale beschlossen, das Referat des Genossen Thälmann über die Gewerkschaftsfrage in Broschürenform sofort in einer Massenauflage zu einem äußerst billigen Preise herzustellen. Die Bezirksleitungen müssen jetzt schon diesbezügliche Bestellungen zur Massenverbreitung dieser Broschüre vornehmen. Das Referat des Genossen Pieck über die weltpolitische Lage ist ebenfalls in Broschürenform erschienen und kann entweder durch die Bezirksleitungen oder die Parteizentrale bezogen werden. Kein Parteifunktionär kann auf diese Schriften verzichten und muß für die weiteste Verbreitung derselben Sorge tragen.

Den Parteitags-Delegierten werden sämtliche Nummern des Bulletins durch ihre Bezirksleitungen, soweit sie sie nicht bereits auf dem Parteitag erhalten haben, nachgeliefert. Die Bezirksleitungen haben die fehlenden Nummern für ihre Delegierten sofort bei der Zentrale nachzubestellen, um sie den Delegierten zustellen zu können.

Die Redaktion des Bulletin.

6. Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Ruth Fischer, Zentrale:

Wenn die Frage der Präsidentenwahl und der Preußenpolitik gestellt wird, so hat Genosse Scholem nur prinzipiell von seinem falschen Standpunkt aus Bedenken dagegen. Und noch ein Wort dazu. Das Hauptargument aller Genossen von der Ultralinken ist das, die Partei ist herrlich, aber die Partei darf nichts machen, was die Arbeiter nicht verstehen würden. Ich frage euch, wie viele Arbeiter verstehen uns heute nicht? Leben wir auf dem Mond oder in Deutschland. Unsere ganze Politik hat den Zweck, den Arbeitern unsere Ziele verständlicher zu machen. Wenn 8 Millionen Proleten Braun wählen, von dem wir alle wissen, was für ein Verräter er an der Arbeiterklasse ist, und nur 2 Millionen Stimmen für unsern vortrefflichen Genossen Thälmann abgegeben werden, dann frage ich den Genossen Scholem, wo verstehen uns die Arbeiter? Parteigenossen, gerade diese Ausführungen zeigen, daß Scholem scheinbar zu viel im Parlament sitzt und nicht sieht, wie die Stimmung draußen unter den Massen ist. (Beifall.)

Wer nicht blind ist, der muß gesehen haben, wie unsere besten Proleten in den Betrieben sich nicht richtig zu wehren wußten gegen die Vorwürfe der SPD.-Arbeiter, wie sie dem Sturm dieser Argumente erlegen sind nicht immer, weil ihre Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften schlecht war. Parteigenossen, ich sage klar und deutlich, gewiß, das Argument vom Bündnis mit der Reaktion ist seit vielen Jahren angewandt worden. Aber hier handelt es sich um eine konkrete Analyse der Lage. Die Sozialdemokratie ging im letzten Jahr immer nur krebsen mit dem Argument des angeblichen Bündnisses mit der Reaktion. Wenn eine Partei sieht, daß der Gegner sich so auf ein Argument konzentriert, das bei den Arbeitermassen Eindruck macht, dann muß man sich ebenfalls darauf konzentrieren, dieses Argument zu zerschlagen. Das sind die einfachsten Gesetze der Verteidigung. Ich sage klar und deutlich, dieses Auftreten der Gruppe Scholem hat die praktische Durchführung dieser Taktik sehr gehemmt und ist schuld, daß es noch nicht gelungen ist, die Erfolge unserer Partei so auszuwerten, wie es notwendig wäre.

Bei dieser Gelegenheit auch noch eine theoretische Frage, die in den Wandelgängen viel diskutiert worden sein soll. Anläßlich der Frage der Entfarbungspolitik gegenüber den Sozialdemokraten ist natürlich auch über die Frage des Verhältnisses im Parlament gesprochen worden. Selbstverständlich ist die Grundlage einer parlamentarischen Tätigkeit einer kommunistischen Fraktion eine absolute, unverbrüchliche Oppositionsstellung gegen jede Regierung, ob sie aus reinen oder unreinen Sozialdemokraten mit Zentrum und Demokraten zusammengesetzt ist. Hier beginnt der Unterschied zwischen uns und dem Genossen Meyer, der hier die Frage anders stellt. Genossen, für alle Situationen Rezepte zu machen, wie man eine Taktik anwenden soll, das lehnen wir ab. Die kommunistischen Parlamentarier müssen Verbindung mit den Massen, müssen Handlungsfreiheit haben. Sie können nicht dem Feind im vornherein verraten, wie sie sich verhalten werden. Sie müssen es verstehen, den Feind zu überraschen, durch kluge Politik die Gegensätze im feindlichen Lager auszunutzen.

Und Parteigenossen, wenn der Genosse Scholem hier von dem Ärgernis an der Wage sprach und wenn die Genossen glauben, daß diese Thesen ad acta gelegt sind, dann mache ich darauf aufmerksam, daß sie feierlich vom Parteitag bestätigt sind und daß diese Thesen durch die Parteitagsbekräftigung erst ihre volle Geltung erhalten haben. Es ist ganz klar, daß sie die parlamentarischen Aktionen nicht alle aus der Hand geben können.

Ich verlasse damit die Ultralinken. (Zuruf Scholem: Auf Wiedersehen! — Heiterkeit) und will noch ein paar Worte zur Diskussion sagen. Ich bin gezwungen, auch hier gegen den Genossen Heinrich einige Worte zu sagen. Es wäre wirklich zu wünschen, wenn auch die Chemnitzer Organisation sich die Nuancierungen abgewöhnen würde. In einer Partei kann man sich nicht bei so wichtigen politischen Entscheidungen als neutral erklären. Ich hoffe, daß der 10. Parteitag dazu beitragen wird, die Nuancierungen endlich zu begraben und auf eine einheitliche Plattform sich zu stellen.

Ich komme nun zur Gesamtlage und zu den Ausführungen des Genossen Meyer. Der Genosse Meyer beklagt sich, daß Gegensätze konstruiert werden, wo keine sind. Ich frage Meyer, wenn keine Gegensätze vorhanden sind, wozu dann aber eine eigene Plattform? Wozu eine eigene Plattform, wenn angeblich künstlich konstruiert ist, wir haben die Plattform nicht gemacht und haben sie auch nicht vorgelegt.

Und Genossen, der Genosse Meyer und die Ultralinken treffen sich in einem Satz, nämlich in dem Satz, daß Frankfurt erledigt sein soll. Meyer hat das auch bestätigt. Er hat Scholem und Rosenberg Recht gegeben in ihrem Ausspruch, daß Frankfurt erledigt ist. Ich glaube, die Delegierten haben gesehen, daß die Zentrale nicht daran denkt, rechten Abweichungen gegenüber schwach zu sein. Aber wir können die Rechten nur bekämpfen, wenn wir eine einwandfreie politische Linie haben. Und Parteigenossen, ich sage klar und deutlich, wenn einige Genossen glaubten, hier auftreten zu können als Ultralinke oder Linke, dann revidieren Sie Frankfurt und nicht wir. Was war der Sinn von Frankfurt? Der Sinn von Frankfurt war die Schaffung einer einheitlichen Partei, die Begradigung der Fraktionsgeschichten, der großen Differenzen in der Partei. Glaubt Ihr denn, wir haben gegen Brandler zum Spaß gekämpft? Wir wußten, solange die Partei nicht einheitlich ist, solange Berlin und Halle, Hamburg und Rheinland nicht zusammengeschlossen ist, sind wir nicht kampffähig. Und wer den Zustand des Kampfes gegen Brandler in die Ewigkeit fortsetzen will, der negiert die Möglichkeit, eine bolschewistische Partei zu schaffen.

Was Meyer brachte, waren Klagen über schlechte Behandlung. Wir werden uns bemühen, die schlechte Behandlung so einzurichten, daß die Genossen, wenn sie wirklich politisch einverstanden sind, mit derartigen Klagen nicht mehr kommen können. Wenn sich aber herausstellt, daß die Genossen politisch andere Wege gehen, so werden die Genossen sehen, daß wir trotz des Kampfes gegen die Ultralinken und gerade wegen des Kampfes gegen die Ultralinken nach wie vor mit ganzer Energie die rechten Abweichungen bekämpfen werden und die Resolution des 10. Parteitages gegen jeden Fraktionsmacher durchführen werden.

Ich möchte über die Gesamtlage, über die Gesamtstimmung in unserer Partei noch sagen: wer Frankfurt mitgemacht hat, der weiß, welch ungeheurer Fortschritt der heutige Parteitag ist. In Frankfurt war der Parteitag gefühlsmäßig bereit, eine solche einheitliche Partei zu schaffen gegen eine noch sehr starke Minderheit, die ernste Arbeitergruppen vertrat. Unser heutiger Parteitag kennt einen solchen Kampf zwischen den Bezirken nicht, er hat trotz aller Schwächen ein ernstes Stück Erziehungsarbeit geleistet. Und da muß die Partei den Weg finden, um allen Zersetzungserscheinungen mit ganzer Energie entgegenzutreten.

II. Die nächsten Aufgaben.

Ich komme nun zum zweiten Teil meines Schlußwortes, zur Frage: was soll die unmittelbare Arbeit des Parteitages sein? Innerhalb der Arbeiterklasse ist ein Tasten, ein Suchen nach neuen Wegen. Dieses Suchen nach neuen Wegen sehen wir in den verschiedensten Formen. Wir sehen das in der Arbeiterdelegation, von der die ersten Berichte bereits eingelaufen sind, trotz aller sozialdemokratischen Versuche gegen diese Delegation zu kämpfen. Wir sehen die ersten Streiks wieder, die bei den Bauarbeitern begonnen haben, wir sehen Lohnbewegungen bei vielen Schichten, z. B. bei den Gas- und Elektrizitätsarbeitern in Berlin. Es ist klar, daß die Frage des Achtstundentages, die Fragen der Sozialgesetzgebung, die Frage des Schutzes der Arbeiter im Betriebe nicht zur Ruhe kommen und daß die Kämpfe der nächsten Zeit um die Erringung dieser nächsten Forderungen gehen werden. Schon aus dem Referat über

die Gewerkschaftsfrage

ist hervorgegangen und auch aus der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage, daß die Frage der Löhne und des Achtstundentages, die als Kampffragen gestellt werden müssen, verbunden ist mit der ernsten Aufgabe, die Gewerkschaftsarbeit wirklich in den Mittelpunkt zu stellen. Ich wiederhole, daß die Gewerkschaftsarbeit — und die Genossen müssen das in allen Ortsgruppen wiederholen, bis es verstanden ist — keine Ressortarbeit ist, sondern daß die ganze Partei die Gewerkschaftsarbeit mit derselben Energie zu leisten hat, wie alle Kämpfe gegen die Bourgeoisie geführt werden. Die Frage der Löhne, die Frage des Kampfes um den Achtstundentag tritt in ein akutes Stadium in dem Moment, in dem die Steuer und die Zollfrage ihre Auswirkungen zeigen werden. Sicher wird die Frage der Zölle — von den Steuern schon gar nicht zu reden — wenn nicht in diesen nächsten Wochen, so im Verlaufe der nächsten Monate im Sinne des Reichsverbandes der Industrie und des Landbundes erledigt werden. Die Sozialdemokraten beschränken ihre Gegnerschaft gegen die Zölle nur auf Geschwätz. Wir haben bereits Aktionskomitees gehabt, die sich zusammengeschlossen haben zum Kampf gegen die Zölle.

Diese wirkliche

Rote Front von unten in den Betrieben,

diese Aktionen gegen die Zölle, sie jetzt mit ganzer Energie weiterzuführen, sie zu verbreitern, im ganzen Reiche die Führung in unsere Hand zu nehmen, Demonstrationen gegen Zölle zu veranlassen, diese Fragen zu stellen in der Oeffentlichkeit, in den Gewerkschaften, das, Genossen, ist die dringendste Aufgabe, die sofort nach dem Parteitag unter harrt. Sofort nach dem Parteitag werden sich alle Organisationen zu beschäftigen haben mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Zölle.

Parteigenossen, in diesen wirtschaftlichen Fragen muß es uns gelingen, ebenso wie in unseren politischen Teilforderungen eine wirkliche Rote Front von unten in den Betrieben aufzurichten. Und wenn wir zu diesem Komplex unseres wirtschaftlichen Aktionsprogramms uns heute fragen, wie die Sache aussieht, jeder Arbeiter wird zustimmen im Kampfe für den Achtstundentag, wird zustimmen im Kampf gegen die Zölle, in den Fragen des Kampfes um höhere Löhne. Aber Parteigenossen, was die Arbeiterschaft hemmt und hindert, ist ihre organisatorische Schwäche, ist die Furcht, isoliert zu kämpfen. Und deswegen ist im gegenwärtigen Moment die Verbreiterung unserer Front die wichtigste Forderung — und die Aufstellung einer wirklichen Verbindung mit der Arbeiterklasse die dringendste Aufgabe.

Wenn wir den zweiten Komplex betrachten, das ist der Kampf

gegen die monarchistische Reaktion,

der Kampf, der geführt werden muß gegen das Fortschreiten der Monarchisten und gegen die Versuche, auch die letzten Errungenschaft der Republik zu ändern.

Parteigenossen! Es wäre ein großer und entscheidender Fehler, zu glauben, als ob die Monarchisten sich nach der mißlungenen Verfassungsänderung zurückgezogen hätten. Die SPD. hat am Tage nach der Wahl Hindenburgs ihre Aktion eingestellt, weil sie gefürchtet hat, durch den Kampf gegen Hindenburg in Schwierigkeiten mit der Regierung zu geraten. Man erzählt auch, daß die SPD. sogar das berüchtigte Flugblatt Hindenburg auf den Schultern Thälmanns einkassieren ließ, weil sie Angst hatte, eine Majestätsbeleidigung an Hindenburg zu begehen. Das kennzeichnet den Geist der SPD. Wir müssen überall die Führung der Kämpfe gegen die monarchistische Gefahr in die Hand nehmen, insbesondere dort, wo von den linken Sozialdemokraten die Theorie der Umwandlung der bürgerlichen Republik in die soziale Republik die Köpfe der Arbeiterschaft verwirrt.

Der dritte Komplex der Aufgaben ist der

Kampf gegen die Kriegsgefahr,

der Kampf gegen den Garantiepakt, und die August-Demonstration, die wir vorbereiten, die in allen Teilen des Reiches die Arbeitermassen um die rote Fahne sammeln muß. Dieser Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Einkreisung Sowjetrußlands, gegen den Garantiepakt, der die politische Krönung des Dawes-Planes bedeutet, sind aktuelle Fragen nicht nur für ein, zwei Wochen, sondern für eine ganze Reihe von Monaten, für eine ganze Phase unserer Arbeit. Wenn wir so diese Aktionslosungen unserer Partei in die breitesten Massen tragen, müssen wir verstehen, daß diese Aktionslosungen auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse, auf die konkrete Lage der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben eingestellt sein müssen. In Sachsen und Thüringen und vielen anderen Teilen des Reiches gibt es auch in der SPD. manchen klassenkämpferisch gestimmten Arbeiter. An diese müssen wir stärker als bisher heranzukommen versuchen.

Von diesem Parteitag muß die Frage der

Verbindung mit anderen Schichten,

die ernsteste Agitation auf dem flachen Land und unter den Mittelschichten sowie der arbeitenden Jugend mit ganzer Kraft gestellt werden. Diese Frage der Verbindung mit anderen Schichten ist natürlich nur möglich, wenn die Partei ein festes Fundament im Proletariat hat, und die Arbeit unter dem Proletariat wirklich mit größter Energie durchführt.

Die Organisationsdebatte, die wir auf diesem Parteitag hatten, und die den Journalisten so uninteressant war, ist für uns keine langweilige Frage, sondern die ernsteste Frage, wie wir neues Blut in die Partei bekommen, wie wir die Verbindung mit den Betrieben und den Arbeitern herstellen und diese zur Grundlage aller unserer Parteiarbeit machen. Diese Organisationsdebatte der wirklichen Durchorganisierung der Partei auf Betriebszellen, der Heranziehung neuer Arbeiterelemente soll nicht nur ein Wort des Parteitages bleiben, sondern die Bezirke müssen sich jetzt nach dem Parteitag die konkrete Aufgabe der Umwandlung ihrer Bezirke auf Grund der Organisationsthesen des Parteitages stellen und müssen sofort an die Arbeit herangehen, müssen diese Arbeit verstärken. Wir wissen, welch große Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es trotz des Sommers ernste politische Vorgänge für unsere Partei geben.

Es ist von den rheinischen Genossen von der teilweisen

Räumung des Ruhrgebietes

gesprochen worden. Wir werden das Ruhrgebiet nicht dem Rummel der Nationalisten überlassen, unsere Genossen aus dem Ruhrgebiet werden alle Kräfte anspannen müssen, um beim Abzug der Besatzungstruppen den Proletariern klar zu machen, daß die Räumung nur das Vorspiel eines Vertrages ist, nach dem ganz Deutschland besetzt werden kann. Unsere Genossen aus dem Rheinland werden die Bewegung der Arbeiterklasse, die von größter Bedeutung für das Gesamtbild der Arbeiterklasse ist, ganz und gar nicht den Nationalisten, den Zentrumspredigern und Volksbetrügern aller Sorten überlassen und das aus der Bewegung im Rheinland machen, was sie ursprünglich war: eine breite, wirklich proletarische Massenbewegung im Sinne der proletarischen Revolution.

Wenn wir an die

Aufgaben in Bayern

denken, wo trotz des scheinbaren Legalitätszustandes innerhalb unserer Partei jede größere Arbeit unmöglich gemacht ist, so wird es die Aufgabe der bayerischen Genossen sein, nach dem Parteitag die Schaffung einer bayerischen kommunistischen Massenbewegung nach der langen Periode der Illegalität entschlossen in Angriff zu nehmen.

In Württemberg

haben wir fast eine ähnliche Lage wie in Bayern. In den letzten Monaten haben derartige Verfolgungen stattgefunden, daß man sagen kann, daß die württembergischen Zustände bald den bayerischen gleichen werden, aber in Württemberg hat unsere Bewegung einen stärkeren Boden, eine stärkere Grundlage, als die durch die Illegalität geschwächte Bewegung in Bayern. Die württembergische Organisation muß jedoch trotz aller Verfolgungen dieser württembergischen Henker eine wirklich breite

Front der Arbeiterklasse errichten und der Arbeiterbewegung in Süddeutschland das Fundament geben. Es muß festgestellt werden, daß in Nord- und Mitteldeutschland wir ziemlich feste Positionen haben, daß jedoch in Süddeutschland durch verschiedene Umstände die Partei schwächer ist. Der Parteitag muß die neue Zentrale beauftragen, sich um die Bewegung in Süddeutschland mehr als bisher zu kümmern, da die Bewegung in Süddeutschland jahrelang vernachlässigt worden ist.

Für Süddeutschland steht die Frage der Bauernmassen, der finsteren schwarzen Reaktion auf dem Lande besonders als ernste Notwendigkeit, die Gewinnung der Arbeiterklasse ist verbunden mit einer wirklichen Massenagitation auf dem Lande, der kleinbürgerlichen Schichten. Wenn wir uns so einen Teil Deutschlands nach dem anderen vornehmen, werden wir sehen, daß die Kunst der Partei heute darin besteht, zu konkretisieren, der Lage der Bezirke entsprechend, in Ostpreußen andere Fragen als in Württemberg, in Berlin andere Fragen mit der Gesamtlinie zu verbinden wie in anderen Bezirken.

Es ist klar, wenn der Parteitag die Frage der Bolschewisierung mit wirklicher Energie anfaßt, wenn die

Grundfragen des Leninismus

zum Mittelpunkt der Diskussion gemacht werden, wenn die Thesen des 10. Parteitages wirklich die Grundlage sind, um an die Arbeit zu gehen, werden wir mit der Verwirklichung der Losung Bolschewisierung ein Stück weiter kommen. Gewiß, die Lage ist schwierig, kompliziert. Wir haben ernste und bittere Erfahrungen hinter uns, aber trotz alledem sehen wir, daß unsere Lage heute viel günstiger ist als die russische Revolution nach der Niederlage 1905. Wir haben ein revolutionäres Hinterland — Sowjetrußland — im Rücken, vor uns einen deutschen Kapitalismus, dessen Kapitalismus in allen Augen kracht, vor uns einen Weltimperialismus, dessen Gegensätze täglich krasser werden. Der Marokkokrieg ist eine unbezahlbare Lehre für die Arbeiterklasse. Und die Ereignisse in China desgleichen. Unsere Lage ist schwierig, aber der Weg ist uns klar und deutlich. Sammeln wir das Proletariat um das Minimalprogramm der Kommunistischen Partei, erziehen wir sie zu einer wirklichen Kommunistischen Partei, die weiß, was sie will, dann werden wir Herr über alle unsere Feinde und der Tag unseres Triumphes wird kommen. (Bravo! Tosender Beifall.)

Piccini, Rom:

Parteigenossen! Genosse Rosenberg hat in seiner gestrigen Diskussionsrede versucht, zu seinen polemischen Zwecken die letzten drei Zeilen meines Artikels vor drei Tagen in der „Roten Fahne" so auszulegen, daß ich das aufs schärfste zurückweisen muß. Ich erkläre im vollen Bewußtsein der Verantwortung, daß die italienische Parteizentrale nicht daran denkt, die Polemik Bordigas durch mechanische Mittel zu erledigen. Trotzdem die linken Genossen es abgelehnt haben, an der Führung der Zentrale teilzunehmen, hat sie die Zentrale systematisch zur Parteiarbeit herangezogen und ihnen eine vollkommene innerparteiliche Demokratie gesichert. Bordiga hat das mit Bildung einer Fraktion beantwortet, die die Presse hat, ihre Verbindungen, ihr Fraktionskomitee, das Gleichberechtigung mit der Zentrale forderte. Die Zentrale hat Bordiga darauf aufgefordert, seine Fraktion aufzulösen, Bordiga hat dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, sondern hat mit einem polemischen Briefe geantwortet, in dem er zu verstehen gab, daß eine Fraktion heute in der italienischen Partei eine historische Notwendigkeit ist und vielleicht in der Zukunft würde sie auch zu einer historischen Notwendigkeit in der ganzen Welt werden.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, die die Haltung der italienischen Zentrale in der ganzen Zeit voll und ganz unterstützt hat, hat ihrerseits die Aufforderung der italienischen Zentrale, die Fraktion Bordigas aufzulösen, sich zu eigen gemacht und die Bedingung dagegen gesetzt, daß gegen Bordiga nicht disziplinarisch vorgegangen wird. Als ich fortging, lag eine Antwort Bordigas noch nicht vor. Vor einer Stunde habe ich erfahren, daß Genosse Bordiga sich bereit erklärt hat, die Fraktion aufzulösen. (Bravo.) Wir sind natürlich sehr erfreut darüber. Es wäre für uns nichts bedauerlicher gewesen, als zum Ausschluß des Genossen Bordiga schreiten zu müssen. Und das nicht etwa deshalb, weil der Ausschluß Bordigas für uns ein Heidelberg bedeutet hätte, die Abstimmungen in den Bezirken haben 95 Prozent der Stimmen gegen den Spaltungsfraktionismus Bordigas ergeben. (Bravo.)

Ein indischer Genosse:

Genossinnen und Genossen! Ich bringe euch die brüderlichen Grüße der Kommunistischen Partei Indiens (starker Beifall), ich bringe euch die Grüße von den indischen Genossen, die überall verstreut sind. Ich freue mich, euren Parteitag an der Arbeit zu sehen. Der Beweis, daß die deutschen klassenbewußten Arbeiter es verstanden haben, eine starke aktive Kommunistische Partei aufzubauen.

In Indien ist unsere Aufgabe sehr schwer. Die englische Bourgeoisie brüstet sich, daß die britische Flagge die freieste Flagge der Welt sei, aber in einem Weltreich von 40 Millionen Weißen und 400 Millionen unterdrückten Kolonialvölkern ist das nur eine leere Phrase. In der Tat arbeitet der englische Imperialismus mit allen Mitteln, die Bewegung der indischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterdrücken und niederzuschlagen, die um ihre elementaren Lebensmöglichkeiten kämpfen. Aber die indischen Arbeitermassen sehen das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern, sie sehen, wie in China die Massen einen tapferen Kampf gegen die Imperialisten der ganzen Welt führen, und sie geloben mitzumarschieren in der internationalen proletarischen Kampffront. (Starker Beifall.) Das Dunkel im Osten — der Sowjetstern steigt auf. Es lebe die Festung des internationalen Proletariats, Sowjet-Rußland! Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die deutsche Revolution! Es lebe die Weltrevolution! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Lenz, Sekretär der politischen Kommission:

Parteigenossen und Parteigenossinnen, ich kann von der Arbeit der politischen Kommission mitteilen, daß die Thesen und Resolutionen der politischen Lage sachlich und gründlich durchgesprochen wurden, ohne daß sich bei irgend einem Punkte ernste, sachliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt hätten. Es wurden eine Reihe von sachlichen Aenderungen und Ergänzungen beschlossen, die den Genossen bereits im Abzug vorliegen. Ich halte deshalb nicht für notwendig, diese Aenderungen noch einmal zu verlesen. Sie werden den vollständigen Text in den nächsten Tagen noch zugesandt erhalten. Ich will nur kurz mitteilen die einzige Aenderung, die eine größere politische Bedeutung hat. Wir haben gefunden, daß es zweckmäßiger ist, die Forderungen, die im Aktionsprogramm fehlen, die aber nicht eigentlich Aktionsforderungen sind, sondern die eine gewisse propagandistische Bedeutung haben, für einen längeren Abschnitt der Entwicklung aus dem Aktionsprogramm herauszunehmen und einen eigenen Abschnitt einzufügen in den zweiten Abschnitt der allgemeinen Thesen: „Die Klassenkräfte in Deutschland." Ich will dabei kurz erwähnen, daß eine kurze Diskussion stattgefunden hat über die Forderung der Bildung einer Miliz aus dem werktätigen Volke. Es war ein Genosse in der Kommission, der meinte, man solle Arbeitermiliz fordern, er hat sich aber überzeugen lassen, daß diese Forderung keine reine Arbeiterforderung ist, sondern daß vielmehr die andere Formulierung eine andere Forderung ist, die geeignet ist, auch Kleinbauern und Mittelschichten hinein zu beziehen.

Ebenfalls wurde eingefügt auf den Wunsch der rheinischen Delegation eine Ergänzung zu unseren außenpolitischen Forderungen, die deshalb aktuell ist, weil ja jetzt gerade das französische Militär aus dem Ruhrgebiet abzieht und durch die Horden des deutschen Militarismus ersetzt wird. Es wird deshalb folgender Satz eingefügt, der lautet:

„Das Proletariat muß mit der gleichen Schärfe dem deutschen wie dem französischen Militarismus in jeder Form, in der er der Arbeiterschaft entgegentritt, bekämpfen."

Sämtliche Aenderungen ändern nichts am politischen Charakter der Thesen, sie unterstreichen und ergänzen das, was im Sinne der Thesen liegt. Die Abstimmung in der Kommission ergab vollkommene Einheitlichkeit. Auch die Genossen, die bei den taktischen Diskussionen im Plenum eine andere Meinung verfochten haben, haben zugestimmt. Ich kann im Namen der politischen Kommission den Wunsch aussprechen, daß auch das Plenum die politische Resolution einstimmig gutheißt.

Die Thesen und Resolutionen werden einstimmig angenommen. (Stürmischer sich immer wiederholender Beifall.)

Dietrich, Sekretär der Gewerkschaftskommission:

„Parteigenossen! Ich kann mich bei dem Bericht über die Beratung der Gewerkschaftskommission sehr kurz fassen, weil erfreulicher Weise während der ganzen Beratung keinerlei Differenzen zutage getreten sind.

In seinem Schlußwort hat der Genosse Thälmann darauf hingewiesen, daß die ursprünglich dem Parteitag vorgelegte Resolution über die Gewerkschaftsfrage zurückgezogen worden ist und an ihre Stelle eine zweite Resolution trat, die dann auch Gegenstand der Erörterungen der Kommission war. Außer einigen redaktionellen und stilistischen Anträgen lag noch ein Antrag vom Kommunistischen Jugendverband der Kommission vor. Die anderen Anträge der einzelnen Genossen befaßten sich fast ohne Ausnahme mit dem Hauptteil der Resolution über die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften. Dazu kann ich sagen, daß alle Anträge bis auf den des Kommunistischen Jugendverbandes in die Resolution hineingearbeitet worden sind. Der nicht in die Resolution aufgenommene Antrag des Kommunistischen Jugendverbandes erübrigte sich, da er in den Grundzügen bereits in dem vorgelegten Resolutionsentwurf enthalten war.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Bravo, Beifall!)

Winterich, Sekretär der Zentralbeschwerdekommission:

Vom letzten Zentralausschuß war ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden, der die Aufgabe hatte, die Wiederaufnahmeanträge und Einsprüche gegen Ausschlüsse aus der Partei zu untersuchen. Dieser Ausschuß hat gearbeitet und hat der Beschwerdekommission des Parteitages sein Material vorgelegt. Die Kommission hat getagt und zu den einzelnen Fällen Stellung genommen. Ich werde nun die Beschlüsse der Beschwerdekommission hier vortragen und möchte bitten, nachdem das Für und Wider der Fälle ausgiebig besprochen worden ist, dem Antrag der Beschwerdekommission stattzugeben.

Er verliest die Beschlüsse.

Die Beschlüsse werden einstimmig bei vier Stimmenthaltungen gutgeheißen.

Stahl, Sekretär der Kommunalpolitischen Kommission:

Genossinnen und Genossen! Der Kommunalpolitischen Kommission lagen die gedruckten Richtlinien über die Kommunalpolitik vor, die bereits den Bezirksleitungen zugegangen waren. Die Kommission hat diese Richtlinien verbessert, und sie werden demnächst in Druck gegeben und noch erweitert werden durch Erläuterungen auf allen Gebieten der Kommunalpolitik, so daß wir in absehbarer Zeit gewissermaßen zu einem Handbuch der Kommunalpolitik kommen werden. Der Antrag von Halle-Merseburg ist in diesen Richtlinien mit verarbeitet worden. Die Kommission hat ferner eine Entschließung ausgearbeitet, die der neuen Zentrale als Material überwiesen wird, und in der wir noch einmal alle Wünsche der Kommunalvertreter niedergelegt haben, die sich dann in drei Punkten konzentrieren:

1. Besseren Ausbau der Kommunalpolitischen Abteilung und der Kommunen; schärfere Heranziehung der kommunistischen Gemeindefraktionen zur Berichterstattung und Materiallieferung an die Zentrale der Partei.

2. Bessere Heranziehung der Reichs- und Landtagsfraktionen zur Mitarbeit an der kommunalpolitischen Arbeit a) durch Besprechung der gesetzlichen Maßnahmen des Reiches und der Länder in der Kommune und durch Referate über Steuer- und Verwaltungsgesetze, soweit sie die Interessen der Gemeinde berühren.

3. Durch Herausgabe eines kommunalpolitischen Handbuches, in dem alle kommunalpolitischen Fragen grundsätzlich behandelt werden.

Bericht und Resolution wird einstimmig angenommen.

Schneller, Sekretär der Statutenberatungskommission:

Die ausführlichen Auseinandersetzungen in der Organisationskommission beschäftigten sich vor allem, wie schon bei der Resolution über die Reorganisation der Partei zum Ausdruck kommt, mit der Frage der Straßenzellen. Es wurde dieselbe Fassung angenommen wie in der Resolution über die Reorganisation der Partei. Dann gab es Auseinandersetzungen über die Frage der Parteikonferenz oder des Zentralausschusses. Ein großer Teil der Genossen der Organisationskommission und auch verschiedene Delegationen waren nicht damit einverstanden, daß der Zentralausschuß abgeschafft wird und eine Parteikonferenz, die andere Rechte haben wird, eingeführt werde. Die Delegationen haben sich in ihrer Mehrheit entschlossen, dem Vorschlag der Organisationskommission und der Zentrale zu entsprechen und Uebereinstimmung herbeizuführen mit dem Statut der Kommunistischen Parteien der anderen Länder und dem Statut der Komintern, das einen Zentralausschuß in dieser Fassung nicht anerkennt. Schließlich gab es noch Auseinandersetzungen über die Länge der Zugehörigkeit zur Partei für die Angestellten der Partei. In dieser Frage liegt von Berlin für die heutige Auseinandersetzung noch ein Abänderungsantrag vor, wo in §§ 24 und 25 die Berliner Genossen verlangen, daß die angestellten Sekretäre mindestens fünf Jahre Mitglied der Partei sein müssen.

Die Berliner Genossen gaben der Befürchtung Ausdruck, daß doch Genossen, die nicht genügend bewährt sein könnten in der Arbeiterbewegung, zu rasch in Sekretärstellen einrücken könnten und damit die Möglichkeit des Versagens gegeben sein könnte. Die Berliner Genossen haben von sich aus selbst entsprechende Erfahrungen nicht vortragen können (Zuruf: Sehr gut!), das müssen sie bestätigen, sie haben sich von der Sorge um die anderen Bezirke leiten lassen, aber alle anderen Bezirke haben von sich aus diese Befürchtung eben nicht teilen können, sondern es wurde der Antrag der Berliner Genossen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. (Zurufe: Hört, hört! Sehr gut! Nicht gut!)

Es liegen dann weitere Abänderungsanträge vor von der Delegation Rhein-Saar, vom Genossen Vogt-Leipzig und Bruno Lau-Westsachsen. Diese Anträge beschäftigen sich in ihrem positiven Teil mit der Parteikonferenz und dem Zentralausschuß. Sie wollen in die §§ 29, 30 und 31 die entsprechenden Vorschriften des alten Statuts einfügen, nur daß sie anstelle des Zentralausschusses die Bezeichnung Parteikonferenz setzen, im übrigen aber jene Rechte und Delegationsmodus wie für den Zentralausschuß vorsehen. Diese Anträge sind bereits in der Organisationskommission abgelehnt worden. Wir ersuchen von der Kommission aus, auch hier diese Anträge abzulehnen, da sie mit dem Gesamtaufbau des Statuts im Widerspruch stehen.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Statuten auf diesem Parteitag überhaupt nicht zur Abstimmung kommen sollen. Es wird die Einsetzung einer Kommission von fünf Mitgliedern verlangt, welche den Auftrag erhält, auf Grund der vorgelegten Resolution und in Anlehnung an die Richtlinien der Komintern das neue Statut auszuarbeiten. Nach gründlicher Debatte [illegible] der Kommission soll das Statut in Uebereinstimmung [illegible] Zentrale der nächsten Parteikonferenz zur endgültigen Abstimmung [illegible] das Statut natürlich nur ein Parteitag bestimmen kann, und w[illegible] das Statut natürlich nur ein Partitag bestimmen kann, und w[illegible] sind weiter der Auffassung, daß die Frage der Reorganisation der Partei auf Betriebszellen in der Partei die letzten [illegible] Jahre genügend diskutiert ist. In Uebereinstimmung mit der Org.-Kommission schlage ich vor, daß über das gesamte Statut einheitlich abgestimmt wird. Allerdings muß vorher über die Abänderungsanträge abgestimmt werden. Da die Abänderungsanträge in der Organisationskommission, die eine große Vertretung darstellen, in den einzelnen Delegationen ausführlich besprochen wurde, wird sich eine besondere Diskussion [illegible] übrigen. Ich schlage vor, daß über die Anträge der Bezirke Berlin-Brandenburg, Rhein-Saar und der Minderheit Westsachsen abgestimmt wird und dann die gesamten Statuten en bloc zur Abstimmung gebracht werden.

Die Abänderungsanträge, die sich gegen die Beschlüsse der Organisationskommission wenden, werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Alsdann wird das Statut in der Fassung nach den Beschlüssen der Organisationskommission einstimmig angenommen.

Des weiteren wird ein Antrag Erzgebirge angenommen, der die Zentrale beauftragt, sofort den „Parteiarbeiter" herauszugeben.

Wahl des Zentralkomitees der KPD.

Geschke, Vorsitzender:

Genossen, wir kommen zum letzten Punkt, zu den Wahlen. Genossen, es ist verständlich für alle, die hier in diesem Raum vorhanden sind, und es wird verständlich sein für die Sendboten der Abteilung IA, für Beauftragte der Ueberwachung und für besondere Leute, die ich nicht weiter namhaft machen will, die aber schon durch die Denunzierung einzelner des Parteitages sich selbst gerichtet haben, wenn wir das zu wählende Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht namentlich publizieren. Jeder einzelne der Delegierten hat die Liste des Zentralkomitees in der Hand. Ich glaube, wir können zu en-bloc-Abstimmung über diese Liste kommen.

(Abstimmung.)

Das Zentralkomitee ist einstimmig gewählt.

(Großer langanhaltender Beifall.)

Dasselbe, was ich für das Zentralkomitee sagte, gilt für die Mitglieder der Revisionskommission. Ich glaube, der Parteitag wird nicht opponieren, wenn wir genau so in der Abstimmung verfahren. (Abstimmung.)

Die Revisionskommission ist ebenfalls einstimmig gewählt. (Großer Beifall.)

Geschke, Vorsitzender.

Genossen, dann habe ich noch folgendes mitzuteilen: Den Delegierten des Parteitages ist bisher das Bulletin regelmäßig zugestellt worden. Wir werden die noch erscheinenden Nummern durch die Bezirksleitungen, also an die Bezirksleitungen senden, die es dann an die einzelnen Delegierten weiter zu senden haben. Dann mache ich weiter darauf aufmerksam, daß die weißen Ausweise bei den Quartierwirten abgegeben werden müssen, damit die Quartierwirte ihre Bezahlung empfangen können.

Dann verweise ich auf folgendes: Alle Beschlüsse, die der Parteitag gefaßt hat, können dank des technischen Apparats und der fleißigen Arbeit unserer Genossen und Genossinnen schon Mitte nächster Woche gedruckt in die Partei gehen.

Das Protokoll hoffen wir, innerhalb 14 Tagen, ebenfalls dank der fleißigen Arbeit unserer Genossen und Genossinnen schon gedruckt an die Mitgliedschaft bzw. an die Bezirke herausgeben zu können. (Zuruf: Bravo!) Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Bezirke auch diese Protokolle sofort wieder an die Mitgliedschaft abgeben.

Dann sind für morgen noch folgende Konferenzen vorgesehen: die Agitprop.-Konferenz, die morgen vormittag 9 Uhr im Festsaale des Abgeordnetenhauses beginnt, [illegible] Jugend-Konferenz, die morgen vormittag um 12 Uhr [illegible] im Saal 17 des Abgeordnetenhauses. Die Tagesordnung des Parteitages ist damit erschöpft.

Noch ein kurzes Wort zum Schluß, Genossen. Der Parteitag hat, wie die heutigen Abstimmungen bewiesen haben, ein einheitliches, geschlossenes Bild ergeben. Der Parteitag [illegible] nach außen hin, trotzdem von ihm berichtet wird, [illegible] „ruhig" sei, daß eine Flautestimmung herrscht, ein [illegible] der Willenseinheit, der Vorhut der revolutionären [illegible]schaft Deutschlands. (Zuruf: Sehr richtig!) Der [illegible] weiß, daß diese Willenseinheit der bolschewistischen [illegible] nur dann etwas wert ist, wenn dieser Wille durch[illegible] durchgeführt wird, wenn er durch die ganze Klasse [illegible]letariats in die Tat umgesetzt wird. Wir wissen, [illegible] Partei als Vorhut der klassenbewußten Arbeiterschaft [illegible]lands die heißesten Kämpfe durchgemacht hat, daß sie [illegible] von der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und der [illegible]schen Gewerkschaftsbürokratie dasteht. Unsere Partei [illegible] Willenseinheit die gesamte proletarische Klasse Deut[illegible] Unsere Partei organisiert die von ihr geführten Käm[illegible] unser Parteitag hat beschlossen, wieder unterstrichen [illegible] seine einheitlichen Beschlüsse, die Organisierung seiner [illegible] d. h. Organisierung der deutschen Revolution und [illegible] Organisierung der Weltrevolution.

Genossen, wir haben uns Sturmaufgaben gestellt: die Betriebszellen auszubauen, entsprechend dem demokratischen Zentralismus unsere Partei offen auszubauen, unsere [illegible] Presse einzusetzen für die noch intensivere Wahrnehmung der Interessen des deutschen werktätigen Proletariats.

Jetzt, wo Zölle und Steuerfragen das ganze deutsche Volk bewegen, wo die Regierung neue ungeheure Lasten dem Proletariat aufhalsen will, werden wir diese Steuer- und Zollfragen als Hebel zur Mobilisierung breiter Massen, als ein Mittel zur Schmiedung des Kriegsbündnisses zwischen Proletariat und Kleinbürgern benutzen. Wir wissen, daß wir diese Fragen nicht losgelöst von den allgemeinen politischen betrachten können. Wir wissen, daß wir — das hat der Parteitag noch besonders unterstrichen — alle diese Durchführungsmaßnahmen, die wir dem deutschen Proletariat geben, [illegible]pagieren müssen, daß die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur auch dem einfachsten Arbeiter, dem simpelsten Bauer in Deutschland klar werden muß.

Wir wissen, wie die reformistischen Gewerkschafter, wie die sozialdemokratischen Führer sich gegen die Gewerkschaftseinheit stemmen. Wir wissen, wie diese Einheit der Gewerkschaften eine politische Notwendigkeit ist zum Kampfe gegen Opportunismus und gegen Kapitalismus.

Unsere Aufgaben sind klar: Die eigenen Reihen gestählt, neue Kräfte gesammelt, sucht Kraft und Kampfwillen nicht an

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id495230650-19250724/2

... in unseren Reihen zu erwecken, sondern nicht Kraft und Kampfeswillen dem ganzen deutschen Proletariat einzuimpfen.

Wir wissen, daß die Rote Front in Deutschland wächst, und wenn wir über dieses Wachstum der Roten Front in Deutschland unserer Freude Ausdruck geben, dann können wir und müssen wir auch in letzter Minute unseres Parteitages unserer toten Helden in Deutschland, unserer toten Helden auf dem gesamten Erdball gedenken, ob in China, ob in Sowjetrußland, ob unten in Marokko, allüberall, wo kämpfende revolutionäre Arbeiter sich empören gegen das kapitalistische Joch, überall da unsere heißen Grüße sind, unsere heißen Wünsche und unser Gelöbnis, daß wir diese unsere toten Helden nie vergessen werden.

Wenn das Berliner Proletariat, das deutsche Proletariat hier auf dem Zentralfriedhof, an den Gräbern unserer großen Revolutionäre in Deutschland, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ein Denkmal errichten will, dann ist das nicht nur ein Denkmal für diese Helden, sondern ein Denkmal für alle deutschen Revolutionäre, ein Denkmal für die Revolutionäre der Internationale. Dann bauen wir die Kremlmauer, so wie sie Sowjetrußland hat. Und wenn wir der Toten gedenken, dann gedenken wir der Tausende politischen Gefangenen. Wir wissen, daß durch solche Amnestie, wie sie jetzt im Reichstag und vom Reichspräsidenten vorgeschlagen wird, die revolutionären proletarischen Gefangenen niemals die Freiheit bekommen werden.

Generalamnestie durch die Revolution in Deutschland, eher gibt es keine wirkliche Amnestie, und wenn wir gedenken dieser Helden, dann gedenken wir des einzigen Staates und seiner heldenhaften Schar, der Roten Armee.

Wir erwidern heute in letzter Minute des 10. Parteitages der KPD. die revolutionären Grüße der Roten Armee. Wir erklären nicht nur unsere Liebe und heiße Ergebenheit für Sowjetrußland in Worten, wir werden als Kommunistische Partei Deutschlands mit unserem Leben einstehen für dieses Sowjetrußland, den einzigen Felsen der Revolution, den einzigen Arbeiterstaat der Welt.

Wir schließen unseren Parteitag mit dem Gelöbnis: Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die Kommunistische Partei Rußlands! Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die deutsche, es lebe die Weltrevolution! Hoch!

Der Parteitag singt stehend die Internationale. Auf zur Tat! Auf zum Kampf!

Der Parteitag ist geschlossen.

Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

1. Der Name der Partei.

§ 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland und führt den Namen: Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale.

2. Parteimitgliedschaft.

§ 2. Mitglied der Partei kann sein, wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern in der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

§ 3. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern geschieht durch die Parteizellen. Die Neuaufnahme unterliegt der Bestätigung der Stadtteilleitung resp. der Unterbezirksleitung.

§ 4. Bei Eintritt geschlossener Gruppen aus anderen politischen Organisationen oder ganzer Parteiorganisationen in die Kommunistische Partei werden diese durch den Beschluß des Zentralkomitees in die Partei aufgenommen.

Beim Uebertritt führender Personen anderer Parteien bedarf die Aufnahme außer der Bestätigung der Stadtteilleitung, resp. Unterbezirksleitung auch der des Zentralkomitees.

§ 5. Beim Wechseln der Arbeitsstelle ist das Betriebszellenmitglied verpflichtet, sich bei der Betriebszellenleitung an- und abzumelden. Beim Wechseln des Wohnortes ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Zellengruppenleitung an- und abzumelden.

Bei Uebersiedelung in ein anderes Land muß die Erlaubnis des Zentralkomitees der Partei eingeholt werden, die darauf bezügliche Anfrage geschieht durch die Parteiinstanzen.

3. Aufbau der Partei.

§ 6. Die Kommunistische Partei Deutschland ist, wie alle Sektionen der Komintern auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Seine grundlegenden Prinzipien sind:

a) Wahl sowohl der unteren wie der oberen Parteiorgane in Vollversammlungen der Parteimitglieder, auf Konferenzen und Parteitagen.

b) Periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Wahlgebern.

c) Bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle und genaue Durchführung der Beschlüsse des EKKI. und der leitenden Parteiorgane. Diejenige Organisation, die ihre Tätigkeit auf ein gewisses Gebiet ausbreitet, wird als höhere gegenüber denjenigen Parteiorganisationen betrachtet, die ihre Tätigkeit bloß auf einzelne Teile dieses Gebietes beschränken.

Die Diskussionen über Parteifragen werden von der Mitgliedschaft nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane geführt. Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern, auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane, muß dieser unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.

§ 7. Unter außergewöhnlichen Verhältnissen ist Einsetzung der unteren Parteiorgane durch höhere sowie Selbstergänzung der Leitungen bei Bestätigung durch die oberen Parteiorgane zulässig. Diese Maßnahmen sind, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, nachträglich der Organisation zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 8. Die Parteiorganisationen sind in den lokalen Fragen selbständig im Rahmen der bestehenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Partei.

§ 9. Die höchste Instanz jeder Organisation ist die Mitgliedervollversammlung, die Konferenz bezw. der Parteitag.

§ 10. Die Vollversammlung, die Konferenz bezw. der Parteitag wählt die betreffende Leitung, die in der Zwischenzeit als leitendes Organ gilt und die laufenden Arbeiten der betreffenden Organisation führt.

§ 11. Das Schema des Parteiaufbaues ist folgendes:

a) Für einzelne Fabriken, Werkstätten, Büros, Läden, Gutshöfe, Straße usw.: Zellenversammlung — Zellenleitung.

b) Für das Gebiet einer kleineren Stadt, eines Dorfes usw.: Ortszellenkonferenz (Dorfzellenkonferenz) oder Ortsvollversammlungen (Dorfvollversammlungen). — Ortsleitung.

c) Für das Gebiet eines Stadtteiles: Stadtteilkonferenz. — Stadtteilleitung.

d) Für das Gebiet eines Unterbezirks: Unterbezirkskonferenz. — Unterbezirksleitung.

e) Für das Gebiet eines Bezirkes: Bezirksparteitag. — Bezirksleitung.

f) Für das ganze Gebiet des Reiches: Parteitag. — Zentralkomitee.

Anmerkung. Die nächst höhere Organisationsstufe nach der Betriebszelle ist die Zellengruppe; je nach dem Umfang des Stadtteils können mehrere Zellengruppen in einem Stadtteil enthalten sein. Die weitere Abstufung und Gliederung der Organisation muß nach den besonderen Verhältnissen der Organisation, muß nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Bezirke geregelt werden.

4. Die Zelle.

§ 12. Grundlage der Parteiorganisationen, ihr Fundament, ist die Betriebszelle, in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt, im Büro, im landwirtschaftlichen Betrieb usw., der alle an dieser Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen. Neugeschaffene Parteizellen werden durch die Stadtteilleitung oder Unterbezirksleitung bestätigt, falls sie wenigstens drei Mitglieder umfassen.

§ 13. In Betrieben, in denen ein bis zwei Parteimitglieder arbeiten, werden diese Mitglieder der nächsten Betriebszelle angegliedert oder bilden mit den Mitgliedern des benachbarten Betriebe eine Betriebszelle.

Parteimitglieder, die in keinem Betriebe arbeiten, werden an die im Orte bestehende Betriebszelle angegliedert; wo das nicht möglich ist, bilden sie Straßenzellen. Besteht im Dorfe, in einem Gut oder landwirtschaftlichen Betrieb keine Betriebszelle, so werden die im Dorfe wohnenden Kommunisten zu einer Dorfzelle zusammengefaßt.

Alle Mitglieder der Betriebszellen werden zugleich in ihrem Wohngebiet durch die Zellengruppenleitung registriert und zur Erledigung der Arbeiten im Wohngebiet zusammengefaßt.

§ 14. Die Zelle ist diejenige Organisation, die die Arbeiter, Kleinbauern und übrigen werktätigen Massen mit der Partei verbindet. Die Aufgaben der Zelle sind: Die Durchführung der Parteiarbeit unter den parteilosen Arbeitern, Kleinbauern und der übrigen werktätigen Massen mit Hilfe einer systematischen kommunistischen Agitation und Propaganda, Gewinnung der Arbeiter im Betrieb und ihre Loslösung vom Gegner, das Werben von neuen Parteimitgliedern, Verbreitung von Parteiliteratur, Herausgabe einer Betriebszeitung, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Parteimitgliedern und Arbeitern des Betriebes, zähe und dauernde Arbeit zur Eroberung aller Funktionärposten im Betriebe, Eingreifen der Zelle in alle ökonomischen Konflikte und Forderungen der Belegschaft, ihre Beleuchtung vom Standpunkte des revolutionären Klassenkampfes, Eroberung der Durchführung aller Kämpfe der Belegschaft durch zähe und unermüdliche Arbeit der Zelle.

§ 15. Zur Führung der laufenden Arbeit wählt die Zelle eine Leitung, die aus drei bis fünf Mitgliedern besteht. Die Zellenleitung wählt den Zellenobmann. Die Leitung leitet die Zellenarbeit, verteilt sie an einzelne Zellenmitglieder, wie z. B. Propaganda, Zeitungsvertrieb, Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Betriebsrat, Arbeit unter den Frauen, Verbindung mit der Jugendzelle usw. Verantwortlich für die Arbeit ist die Zellenleitung.

5. Die Ortsgruppe.

§ 16. Die Ortsgruppe ist die Zusammenfassung der Zellen eines Ortes, eines Stadtviertels usw.

§ 17. An der Spitze der Ortsgruppe steht die Ortsgruppenleitung, die in der Mitglieder-Vollversammlung, der Zellenmitglieder des Ortes oder im Falle der Illegalität, in der Ortszellenkonferenz gewählt wird. Die Ortsgruppenleitung muß wenigstens zur Hälfte aus Betriebszellenvertreter bestehen. Für die Arbeit der Ortsgruppe ist die Leitung verantwortlich. Die Ortsgruppenleitung leitet die Arbeit der Fraktionen im Rahmen des Ortes.

§ 18. Die Mitglieder-Vollversammlung der Ortsgruppe findet in der Regel monatlich statt.

6. Die Unterbezirksorganisation.

§ 19. Die höchste Parteiinstanz im Bereiche eines Unterbezirks ist die Unterbezirksleitung, die von der Unterbezirkskonferenz gewählt wird.

§ 20. Die Unterbezirksleitung führt die Beschlüsse der oberen Instanzen durch und leitet die gesamte Parteiarbeit im Bereiche des Unterbezirkes. Sie ruft wenigstens zweimal im Jahre Unterbezirkskonferenzen ein.

§ 21. Die Unterbezirkskonferenz wird aus den Ortsgruppen durch Zellen vertreten. Sie nimmt die Berichte der Unterbezirksleitung entgegen, sie bestätigt und wählt die Unterbezirksleitung.

§ 22. In derjenigen Stadt, in der die Unterbezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Unterbezirksleitung besorgt.

Anmerkung. Das ZK. kann sowohl für die Unterbezirksleitungen wie für die Bezirksleitungen Ausnahmen bewilligen (siehe § 28).

§ 23. Die Unterbezirksleitung leitet die Arbeit der Fraktionen im Rahmen des Unterbezirks.

7. Bezirksparteitag.

§ 24. Die höchste Parteiinstanz im Bereiche eines Bezirkes ist der Bezirksparteitag. Der ordentliche Bezirksparteitag tritt jedes halbe Jahr zusammen. Außerordentliche Bezirksparteitage müssen durch die Bezirksleitungen auf Grund der Forderungen eines Drittels der bestehenden Parteiorganisationen im Bezirke oder sie können vom Zentralkomitee einberufen werden. Der Bezirksparteitag nimmt die Berichte der Bezirksleitung und der Bezirks-Revisionskommission entgegen, wählt die Bezirksleitung, die Bezirks-Revisionskommission. Die Wahlen bedürfen der Bestätigung des ZK.

§ 25. Die Bezirksleitung wird auf dem Bezirksparteitag gewählt, sie ist das höchste Parteiorgan im Bezirke in der Zwischenzeit von zwei Bezirksparteitagen. Die Bezirksleitung bestimmt selbst, wie oft die Vollversammlungen der Bezirksleitung stattzufinden haben. Diese müssen aber wenigstens einmal monatlich einberufen werden. Die Bezirkssekretäre werden im Rahmen der Bezirksleitung durch den Bezirksparteitag gewählt. Sie müssen mindestens drei Jahre Parteimitglied sein. Ausnahmen können nur mit Bewilligung des Zentralkomitees gemacht werden.

§ 26. Der Bezirksparteitag wählt eine Revisionskommission, deren Aufgabe es ist, die gesamte Administration und Finanztätigkeit des Bezirks und der Parteiunternehmungen des Bezirks zu kontrollieren.

§ 27. Die Bezirksleitung führt die Beschlüsse des ZK. durch und ist verpflichtet, zur Erledigung verschiedener Arbeiten (Organisation, Agitation, Propaganda, Gewerkschaft, Arbeit unter den Frauen, Kleinbauern usw.) besondere Organe zu schaffen. An der Spitze dieses Ressorts werden in der Regel Mitglieder der Bezirksleitung gestellt, die unter der Führung der Bezirksleitung und mit der Zentrale (die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Zentrale), die Arbeit verrichten. Die Bezirksleitung ernennt im Einverständnis mit dem ZK. die Redaktionen der Bezirksparteizeitungen. Die Bezirksleitung führt die ganze Parteiarbeit im Rahmen des betreffenden Bezirkes. Die Bezirksleitung ist für ihre Arbeit dem Bezirksparteitag und dem ZK. verantwortlich, dem sie monatlich schriftliche Berichte über ihre Arbeiten einzusenden verpflichtet ist.

§ 28. In der Stadt, in der die Bezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Bezirksleitung erledigt. Die Bezirkshauptstadt kann in Stadtteile eingeteilt werden, an deren Spitze die Stadtteilkonferenzen und Stadtteilleitungen stehen.

8. Die Parteikonferenz.

§ 29. Die Parteikonferenz tritt in der Regel jährlich zweimal zusammen. Die Norm der Vertretung und die Zusammensetzung der Parteikonferenz wird von der Zentrale bestimmt, möglichst auf 2000 Mitglieder soll ein Delegierter entfallen; jeder Bezirk entsendet mindestens einen Delegierten. Die Delegierten der Bezirke werden von Bezirksparteitagen oder, wenn das nicht möglich ist, von den Bezirksleitungen gewählt. Die Zentrale kann einzelne Parteiarbeiter zu den Verhandlungen der Parteikonferenz mit beratender Stimme heranziehen. Die Einberufung und die Tagesordnung der Parteikonferenz müssen den Bezirken spätestens 14 Tage vorher zur Kenntnis gebracht werden.

§ 30. Die Beschlüsse der Parteikonferenz treten nach ihrer Bestätigung durch das ZK. in Kraft. Ergeben sich zwischen ZK. und Parteikonferenz grundlegende Differenzen, so muß das ZK. die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Debatte stellen.

§ 31. Die Parteikonferenz kann die Delegierten zum Weltkongreß der Komintern in dem Falle wählen, wenn sie unmittelbar vor dem Weltkongreß zusammentritt.

9. Der Parteitag.

§ 32. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei und wird in der Regel einmal jährlich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der Komintern vom Zentralkomitee einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK. entweder aus eigener Initiative oder auf Initiative des EKKI., oder aber, falls eine Anzahl von Organisationen, die auf dem letzten Parteitage ein Drittel der Mitgliedschaft der Partei repräsentiert hat, die Einberufung eines Parteitages verlangt. Der außerordentliche Parteitag kann aber nur mit Zustimmung des EKKI. erfolgen. Die Einberufung des Parteitages sowie die Tagesordnung eines solchen werden spätestens einen Monat vorher der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht. Jeder Delegierte zum Parteitag muß drei Jahre Mitglied der Partei sein.

Die Norm der Vertretung am Parteitag wird entweder vom Zentralkomitee oder von der vor dem Parteitag zusammentretenden Parteikonferenz bestimmt.

§ 33. Der Parteitag wird aus Delegierten zusammengesetzt, die auf den Bezirksparteitagen gewählt werden müssen. Im Falle der Illegalität können ausnahmsweise die Wahlen der Delegierten unter Zustimmung des EKKI. durch die Entsendung dieser von der Bezirksleitung ersetzt werden. Der Parteitag kann ebenfalls mit Zustimmung des EKKI. durch eine Parteikonferenz ersetzt werden. Jeder Delegierte muß mindestens drei Jahre Mitglied der Partei sein.

§ 34. Der Parteitag

a) nimmt die Berichte des ZK. und der zentralen Revisionskommission entgegen,

b) entscheidet die Programmfragen der Partei,

c) faßt Beschlüsse in allen politischen, taktischen und organisatorischen Fragen,

d) wählt das ZK., die Revisionskommission usw.

10. Das Zentralkomitee.

§ 35. Der Parteitag wählt das ZK., das aus gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die Zahl der Mitglieder wird vom Parteitag bestimmt. Mitglieder des ZK. und politische Angestellte des ZK. müssen mindestens 3 Jahre Parteimitglied sein.

§ 36. Das ZK. ist das höchste Organ der Partei während der Zeit, da der Parteitag nicht tagt. Es vertritt die Partei anderen Parteiinstitutionen gegenüber, schafft verschiedene Organe der Partei, leitet ihre gesamte politische und organisatorische Arbeit, ernennt die Redaktion des Zentralorgans, das unter seiner Führung und Kontrolle arbeitet, organisiert und leitet diejenigen Unternehmungen, die für die Gesamtpartei Bedeutung besitzen, verteilt die Arbeitskräfte und leitet die zentrale Kasse.

Das ZK. leitet die Arbeit der Fraktionen innerhalb solcher Körperschaften, die zentralen Charakter tragen.

§ 37. Das ZK. wählt aus seiner Mitte ein politisches Büro für die Leitung der politischen Arbeit, ein Organisationsbüro für die Leitung der Organisationsarbeit und ein Sekretariat (den Sekretär) für sämtliche laufende Arbeit. Weiter bestimmt das ZK. die Leiter der verschiedenen Ressorts, an deren Spitze möglichst Mitglieder des ZK. gestellt werden sollen.

§ 38. Das ZK. schafft Ressorts für bestimmte Zweige seiner Arbeit, die Organisation, Agitation, Propaganda, Arbeit in der Gewerkschaft, unter den Bauern, Frauen usw., deren Aufgabe es ist, die Arbeit unter vollständiger Leitung des ZK. in den betreffenden Gebieten zu führen, wobei die allgemeinen Richtlinien des ZK. bestimmend sind. Die Ressorts haben ihre Beschlüsse durch die Zentrale durchzuführen.

§ 39. Das ZK. nimmt die Einteilung des Landes in Bezirke vor und ändert im Falle einer Notwendigkeit ihre Grenzen. Dem ZK. steht das Recht zu, die bestehenden Organisationen nach politischen und ökonomischen Merkmalen, entsprechend der adminastrativen Einteilung des Landes, gebietsweise oder anders zu vereinigen oder zu teilen.

11. Die zentrale Revisionskommission.

§ 40. Zur Kontrolle der Kasse, der Buchführung und der Geschäfte der gesamten Partei wählt der Parteitag eine zentrale Revisionskommission.

12. Ueber die Parteidisziplin.

§ 41. Die strengste Parteidisziplin ist die höchste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen.

Die Beschlüsse der KI., des Parteitages, der Parteizentrale und aller höhergestellten Parteiinstanzen müssen schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Besprechung aller Fragen, die Differenzen hervorrufen, vollständig frei, solange kein Beschluß gefaßt worden ist.

§ 42. Ein Verstoß gegen die Parteidisziplin zieht Strafmaßnahmen seitens der entsprechenden Parteiorgane nach sich. Die Strafmaßnahmen können in bezug auf Organisationen folgende sein: Rüge, Absetzung der Leitung und Einsetzung einer provisorischen Leitung, die ihre Funktionen bis zur Einberufung einer Konferenz ausübt, Auflösung der Organisation und Umregistrierung der Mitglieder. Den einzelnen Mitgliedern gegenüber können folgende Strafmaßnahmen angewandt werden: Parteirüge, öffentliche Rüge, Enthebung von der Funktion, befristeter Ausschluß und endgültiger Ausschluß.

§ 43. Die Disziplinarvergehen werden von den Parteiinstanzen erledigt. Gegen Disziplinarmaßnahmen ist Berufung bis zur Zentrale und zum Parteitag zulässig.

§ 44. Die Frage des Ausschlusses eines Parteimitgliedes beantragt die Versammlung der entsprechenden Parteiorganisation (Zelle) an die höherstehende Parteileitung. Der Ausschlußbeschluß tritt in Kraft, nachdem er von der Bezirksleitung bestätigt worden ist. Die Berufung ist bis zur höchsten Instanz zulässig. Bevor die Bestätigung des Ausschlusses erfolgt, ist der Betreffende von der Parteiarbeit zu entfernen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id495230650-19250724/3

Ausschlußgründen ist in der Regel im Parteiblatt zu veröffentlichen. Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur erfolgen, wenn die Körperschaft, die den Ausschluß vorgenommen hat, über die Wiederaufnahme gehört worden ist.

§ 45. Zur Schlichtung und Erledigung jedes Verfahrens ist bei entscheidender Instanz (Bezirksleitung oder ZK.) ein Schiedsgericht von fünf Parteimitgliedern einzusetzen, von denen zwei von den Angeschuldigten, zwei von der Unterbezirksleitung (oder bei Verfahren vor einem zentralen Schiedsgericht, von der Bezirksleitung) und der Vorsitzende durch die Bezirksleitung bzw. das ZK. zu bestimmen sind. Das Urteil des Schiedsgerichtes bedarf der Bestätigung durch die Bezirksleitung bzw. das ZK.

13. Die Finanzen der Partei.

§ 46. Die Geldmittel der Parteiorganisation werden durch die Parteibeiträge, durch besondere Sammlungen und durch Parteiunternehmungen beschafft.

§ 47. Der Mitgliedsbeitrag soll mindestens 1 Prozent der Durchschnittseinkünfte betragen. Die Festsetzung über die Höhe und die Verteilung zwischen Zentral-Kasse und Bezirks-Kasse trifft das ZK., die weitere Festsetzung der Verteilung liegt der Bezirksleitung ob.

§ 48. Diejenigen Mitglieder der Partei, die, ohne genügende Gründe anzugeben, im Verlaufe von drei Monaten ihre Beiträge nicht entrichten, gelten nach ergebnislos erfolgter Mahnung als aus der Partei ausgeschieden. Dies wird der Mitgliederversammlung und den betreffenden Mitgliedern mitgeteilt.

14. Fraktionen.

§ 49. In allen außerparteilichen Arbeiter- und Bauern-Organisationen und Organen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur und Aufklärung, Sport und andere Vereine, Kriegsteilnehmer-, Betriebsräte-, Erwerbslosenverbänden, auf Kongressen und Konferenzen, in den Gemeindeverwaltungen, Gemeindevertretungen, Parlamenten usw.), in denen wenigstens zwei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik in der außenparlamentarischen Umgebung, kommunistische Fraktionen organisiert werden.

§ 50. Die Fraktionen sind Organe der Partei in den außerparteilichen Organisationen. Sie sind nicht selbständige, vollberechtigte Organisationen, sondern unterstehen den zuständigen Parteileitungen.

Die kommunistischen Fraktionen in den parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Provinzen, Länder oder des Reiches sind der Parteiorganisation und deren Leitung verantwortlich, der die Kontrolle und der bestimmende Einfluß über ihre Tätigkeit zusteht. Bei Differenzen ist eine Entscheidung des ZK. bis zum nächsten Parteitag bindend.

Die in den Parlamenten des Reiches, der Länder oder Provinzen tätigen Genossen können jederzeit von dem ZK. zurückberufen werden. Für die in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen oder diesen entsprechenden Körperschaften tätigen Genossen haben die Bezirksleitungen das Rückberufungsrecht.

In Fragen des inneren Lebens wie auch der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom. Bei Differenzen zwischen der Parteileitung und der Fraktion ist die Leitung verpflichtet, die Frage neuerdings gemeinsam mit den Vertretern der Fraktion sofort durchzuführen. Im Falle einer Berufung seitens der Fraktion wird die Frage endgültig durch die nächst höhere Instanz erledigt. Die Fraktion ist aber trotz der Berufung verpflichtet, den Beschluß der Parteileitung durchzuführen.

§ 51. Wenn in der Parteileitung Fragen behandelt werden, die sich auf eine der Fraktionen beziehen, so zieht die Parteileitung den Vertreter der betreffenden Fraktion mit beratender Stimme zu.

§ 52. Die kommunistischen Fraktionen wählen ihre Leitungen, die der Bestätigung durch die zuständige Parteileitung bedürfen. Die Fraktionsleitungen sind für die Tätigkeit der Fraktionen den zuständigen Parteileitungen gegenüber verantwortlich.

Die betreffende Parteileitung ist berechtigt, in die Fraktionsleitung Mitglieder zu entsenden und unter Verständigung der Fraktion über die Gründe einer solchen Maßnahme jedes Mitglied der Fraktionsleitung abzuberufen.

§ 53. Für alle wichtigsten Posten in den Organisationen, in denen Fraktionen arbeiten, werden die betreffenden Kandidaten von der Fraktion mit Zustimmung der betreffenden Parteileitungen aufgestellt. In der gleichen Weise wird die Ueberführung einzelner Genossen von einer Fraktion in die andere erledigt.

§ 54. Jede Frage, die in der Körperschaft, in der die Fraktion tätig ist, entschieden wird, muß vorher in der Vollversammlung der Fraktion oder ihrer Leitung erörtert werden.

In jeder Frage, über die in der Fraktion eine Entscheidung getroffen wurde, müssen die Fraktionsmitglieder in der Vollversammlung der betreffenden Organisation oder Körperschaft geschlossen auftreten und abstimmen. Gegen alle, die diese Regel überschreiten, werden Disziplinarmaßnahmen im Wege der Parteistrafen getroffen.

15. Verhältnis zum Kommunistischen Jugend-Verband.

§ 55. Zwischen allen Leitungen der Parteiorganisation und dem Kommunistischen Jugendverband von der Zelle bis zum ZK. wird die gegenseitige stimmberechtigte Vertretung hergestellt.

§ 56. Die Partei ist für die politische Leitung des KJV. verantwortlich.

§ 57. Die Mitglieder des KJV. haben bei allen Parteiveranstaltungen Gastrecht, desgleichen das ZK. des KJV. auf dem Parteitag, die Bezirksleitung des KJV. auf dem Bezirksparteitag.

§ 58. Die Vertretung des KJVD. auf den Parteikonferenzen wird hergestellt, indem eine bestimmte Anzahl von Genossen aus dem Jugendverband, die zugleich Parteimitglied und mit der Arbeit im Jugendverband beauftragt sind, in die Parteidelegation (z. B. der Bezirke zum Parteitag, der UBZ. zum Bezirksparteitag) als stimmberechtigte Teilnehmer mit einbezogen werden.

Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den Freien Gewerkschaften.

Der 10. Parteitag der KPD. stellt fest, daß die Stellungnahme und die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der KI. und des 3. Kongresses der RGI. zur Gewerkschaftsfrage und zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit von der inzwischen eingetretenen Entwicklung bestätigt wurden. Der Rückschlag der Arbeiterklasse, der Verlust zahlreicher Positionen in fast allen kapitalistischen Ländern, wo die Reformisten die Gewerkschaften führen einerseits, und der Aufstieg des Proletariats im revolutionären Rußland andererseits beweisen, daß ein erfolgreicher Kampf auch auf gewerkschaftlichem Gebiete nur mit revolutionären Methoden geführt werden kann und muß.

Wie die Weltkongresse der Komintern der RGI. und die KPD. voraussagten, hat der Dawes-Plan neben kleinen vorübergehenden Erleichterungen eine allgemeine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse gebracht. Die Kapitalsangriffe zur Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung und Niederhaltung der Löhne, haben sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Siegerländern, wie England, Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei usw. verstärkt.

Diesen konzentrierten Angriff des Kapitals kann die Arbeiterklasse abwehren und zum Gegenstoß ausholen durch eine geschlossene Front des Proletariats und durch die schnellste Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit wird von immer größeren Massen in den Gewerkschaften erkannt (Englisch-russisches Einheitskomitee, zahlreiche Beschlüsse für die Einheit in verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen der übrigen Länder usw.).

Die Lage in Deutschland.

In Deutschland hat die Stabilisierung und die Durchführung des Dawes-Planes nicht die von den Reformisten angekündigte Abschwächung, sondern die von den Kommunisten vorausgesagte Verschärfung der Klassengegensätze gebracht.

Im Kampf gegen die monarchistische Reaktion und gegen die drohende Kriegsgefahr haben die Gewerkschaften genau so wie auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur vollkommen versagt, sondern offen sabotiert und dadurch die konterrevolutionäre Politik der SPD. restlos unterstützt. Sie haben für den Zentrumsmann Marx geworben, sie haben jeden ernsthaften Kampf gegen die Luther-Regierung und gegen das Hindenburg-Regime abgelehnt, wie sie auch jetzt jeden ernsthaften und wirklichen Massenkampf gegen den Zoll- und Steuerraubzug verhindern.

Ueber den tatsächlichen Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist folgendes zu konstatieren:

a) Nach dem Kriege strömten die Massen in die Gewerkschaften in der Ueberzeugung, daß durch die organisatorische Macht der Gewerkschaften die Bedingungen für eine Verbesserung und Sicherung ihrer Existenz geschaffen werden könnten. Doch statt den Kampf um die Existenz des Proletariats zu führen, stellten sich die reformistischen Gewerkschaftsführer auf die Seite des Kapitals. In der Inflationszeit trat der politische, finanzielle und organisatorische Bankrott der Gewerkschaften offen zutage. War durch die große Arbeitslosigkeit schon ein Mitgliederrückgang in den Gewerkschaften zu verzeichnen, so hat der Verrat und der Zusammenbruch das Vertrauen der Massen zu den reformistischen Gewerkschaften noch weiter erschüttert, so daß die Mitglieder in Scharen die Verbände verließen. Selbst weit bis in die Reihen der Kommunistischen Partei hinein war die Auffassung vertreten, daß diese Gewerkschaften dem Proletariat nichts nutzen könnten (Schumacher, Kaiser, Weber).

Der Mitte 1924 eingetretene Stillstand des gewerkschaftlichen Niedergangs und der langsam einsetzende Wiederaufstieg der Gewerkschaften hat neben der Auswirkung der Goldstabilisierung in erster Linie seine Ursache:

1. In der Arbeit und Agitation der Kommunistischen Partei für den Wiedereintritt in die Freien Gewerkschaften, für die Gewerkschaftseinheit.

2. In der allgemeinen Erkenntnis der Massen, daß es ohne starke Wirtschaftsorganisationen nicht möglich ist, erfolgreiche Kämpfe gegen das Unternehmertum zu führen.

b) Die deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer sind besonders erbitterte Feinde der Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit, weil sie als Mitarbeiter am kapitalistischen Wiederaufbau engagiert sind und aus diesem Grunde jeden konsequenten Kampf gegen das Kapital ablehnen müssen. Daraus erklärt sich auch ihr hartnäckiger Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Die Arbeit der Kommunisten.

Die Massenflucht aus den Gewerkschaften hat auch den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften vermindert. Das wirkt sich gerade jetzt in den gegenwärtigen Kämpfen um den Achtstundentag, um höhere Löhne, gegen Zoll- und Steuerraubzug, gegen die drohende Kriegsgefahr usw. für das Proletariat verhängnisvoll aus. Andererseits bedeutet die dadurch bedingte Passivität der Masse eine Stärkung des verderblichen Einflusses der SPD.-Politik in den Gewerkschaften. Die ganze SPD.-Koalitionspolitik ist nur möglich durch ihre Beherrschung der Gewerkschaften und damit der großen Massen des Proletariats.

Ergibt sich schon aus diesen Tatsachen die Notwendigkeit der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften, so noch weit mehr aus der Rolle, die die Gewerkschaften im Befreiungskampf des Proletariats überhaupt spielen. Die Gewerkschaften sind die Kampforgane der gesamten Klasse, die alle Proletarier ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung umfassen kann und zusammenfassen muß zum Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen.

Um diese Massenorganisation für die soziale Revolution zu gewinnen und sie dem Reformismus zu entreißen, ist notwendig:

a) daß jeder Kommunist ein tätiges Mitglied der Gewerkschaften ist, d. h., daß die Kommunisten ständig für die Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaften wirken, sich praktisch an jeder, auch der kleinsten gewerkschaftlichen Arbeit aktiv beteiligen, ständig ihre gewerkschaftlichen Kenntnisse erweitern, in jeder Frage führend und vorwärtstreibend vorangehen und imstande sind, jedem einfachen Arbeiter in den täglichen Kämpfen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen;

b) daß sich jeder Kommunist bereit erklärt und verpflichtet, jede Gewerkschaftsfunktion (Vertrauensmann im Betrieb, Branchenvertreter, Generalversammlungsvertreter, Mitglied der Bezirks- und Ortsverwaltungen, Betriebsratsposten usw.) zu übernehmen, um jeden Funktionärposten zu kämpfen und ihn mit höchstem Pflichteifer auszuführen;

c) daß von der Partei eine große Massenkampagne für den Eintritt aller Proletarier in die Gewerkschaften geführt wird (es müssen dazu in allen Orten und Bezirken öffentliche und Betriebsversammlungen von der Partei veranstaltet werden);

d) daß in jeder gewerkschaftlichen Ortsgruppe, Ortsausschuß, Bezirksorganisationen usw. festgefügte und gut arbeitende Fraktionen gebildet und ausgebaut werden, daß alle KPD.-Mitglieder restlos auf ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit registriert werden, daß alles getan wird, um mehr wie bisher die Bildung eines linken Oppositionsblocks in den Gewerkschaften zu fördern;

e) daß die Aufmerksamkeit der Partei, besonders auf die in den Gewerkschaften organisierten Frauen gerichtet wird. Bei der wichtigen Rolle, die die Frauen in den Kämpfen des Proletariats zu erfüllen haben, ist es unbedingt erforderlich, daß die Partei sich mit aller Energie für deren Aufklärung und Zusammenfassung einsetzt;

f) daß die Partei für die Zusammenarbeit der Partei und Jugendfraktionen Sorge trägt. Die Heranbildung von gewerkschaftlichen Funktionären der Jugend muß zur Pflicht der Partei gemacht werden.

g) daß die Kommunisten auch unter den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten. Dies muß geschehen durch systematische Werbearbeit der Partei zusammen mit den KJVD. für den Eintritt der Jugendlichen in die Freien Gewerkschaften, auf die Schaffung von jugendlichen gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensleuten ist der größte Nachdruck zu legen.

Der systematischen Erziehung zum Reformismus in den Gewerkschafts-Jugendabteilungen muß innerhalb dieser Organisationen eine zielbewußte kommunistische Aufklärungs- und Fraktionsarbeit entgegengestellt werden.

Die unmittelbaren Aufgaben für die Kommunisten

sind

a) Die Kommunisten müssen unter ständiger und genauer Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Situation die Bedingungen studieren, unter denen am erfolgreichsten eine Bewegung geführt werden kann. Nur so können sie die Initiative ergreifen, die Bewegungen genügend vorbereiten, organisieren und durchführen. Die Kommunisten müssen praktisch durch die Tat beweisen, daß sie auch in der gegenwärtigen Situation besser verstehen, erfolgreiche Kämpfe zur Verbesserung der Lebenslage des Proletariats zu führen als die Reformisten. Sie müssen verstehen, die Massenaktivität zu entfalten und durch Einbeziehung aller proletarischen Kräfte und Organisationen (Frauen, IAH., Konsum usw.) die Kampfbasis zu verbreitern. Die Anwendung der proletarischen Kampf- und Streikstrategie ist und wird ein Mittel sein, die Aktivität und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken und die Sattheit und den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu überwinden.

Nur dann wird es den Kommunisten möglich sein, Kämpfe auszulösen und mit Erfolg zu führen:

für den uneingeschränkten Achtstundentag,

für die Siebenstundenschicht unter Tage, sowie für Feuerarbeiter und Arbeit mit giftigen Stoffen,

für ausreichende Löhne — gleicher Lohn für gleiche Arbeit,

für Beseitigung der großen Lohnspanne,

für Beseitigung der Akkordarbeit und des Prämiensystems,

für die Erweiterung der Betriebsratsrechte,

für die Erweiterung des Einflusses der Betriebsräte in den Gewerkschaften,

für die Zusammenfassung der Betriebsräte der einzelnen Industriegruppen in den Gewerkschaften und nach Konzernen,

für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,

für ausreichende Fürsorge für erwerbslose Arbeits- und Kriegsopfer,

für den Ausbau des gesetzlichen Jugendschutzes und gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens,

für die Amnestierung aller proletarischen Klassenkämpfer.

b) Bei den Einwirkungen der Gewerkschaften auf allgemein politischen Fragen, die Steuer- und Zollkämpfe, Mobilisierung gegen Kriegsgefahr, Kampf gegen die monarchistische Reaktion usw., müssen die Kommunisten durch eine breite Aufklärungsarbeit es den Reformisten unmöglich machen, durch scheinradikale Kampfforderungen die Massen in den Dienst der SPD. zu stellen, und so vom wirklichen Kampfe abzuhalten. Vielmehr muß durch Klarlegung der kommunistischen Forderungen in allen diesen Fragen die Masse für den revolutionären Kampf mit allen Mitteln, auch den außerparlamentarischen, gewonnen werden.

c) Die wichtigste Arbeit der Gegenwart ist der Kampf um die Gewerkschaftseinheit. Dazu ist notwendig, daß die Frage der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit weit mehr als bisher mit den täglichen Kämpfen verbunden wird. Es darf keine Bewegung geben, ob es um Lohn, Arbeitszeit oder sonstige Fragen geht, in der nicht von den Kommunisten an Hand der konkreten Lage auf die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit hingewiesen wird, um so zu erreichen, daß die Massen wirklich die Herstellung der Gewerkschaftseinheit als eine Lebens- und Existenzfrage betrachten.

Die Gewerkschaftseinheit muß in weitgehendstem Maße gefördert werden durch Verstärkung der Kampagne für die engste Verbindung der deutschen Gewerkschaften mit dem revolutionären Proletariat Sowjetrußlands, durch die Propaganda, durch Entsendung von Delegationen nach Sowjetrußland, durch Bildung von Einheitskomitees, bestehend aus Arbeitern der verschiedensten Gewerkschaften und Parteirichtungen (Einheitskomitees dürfen aber nur das Endergebnis einer Kampagne um die Einheit, der Ausdruck des so erzeugten Massenwillens und keine organisatorische Spielerei sein).

Zur weiteren Unterstützung der Einheitsbewegung und der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ist die Kampagne für die planmäßige Ueberführung der selbständigen Verbände in die Freien Gewerkschaften fortzusetzen. Alle dagegen auftretenden Tendenzen und meist mit scheinradikalen Redensarten operierenden Personen und Gruppen müssen energisch bekämpft werden.

Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit national und international ist eine revolutionäre Notwendigkeit, ist eine Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf und endgültigen Sieg des Proletariats.

Inwieweit es den Kommunisten gelingt, diese notwendigen Arbeiten in der Gewerkschaftsbewegung durchzuführen, inwieweit sie imstande sind, ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu stärken und die Führung in den Kämpfen der Arbeiter zu übernehmen, wird der Erfolg und die Stärke der gesamten Parteiorganisation zu ermessen sein. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit die nächste und wichtigste Aufgabe für die KPD. in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution.

Beschluß.

Um die Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen zu vereinheitlichen und besser zu organisieren, und um alle Parteimitglieder zur aktiven Gewerkschaftsarbeit zu veranlassen, haben die Bezirke allmonatlich einen Gewerkschaftstag anzusetzen, der von allen anderen Parteiveranstaltungen freizuhalten ist, damit alle Genossen zur Teilnahme an den Gewerkschaftssitzungen verpflichtet werden können.

Für diesen Tag sind die gesamten Parteiorganisationen und Funktionäre ausschließlich auf die Gewerkschaftsarbeit einzustellen.

Unterschriften:
Berlin-Brandenburg, Wasserkante und andere Delegationen.
Einstimmig angenommen.

Beschluß über gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Betätigung der KPD.-Mitglieder.

Der Parteitag bestätigt ausdrücklich den Beschluß des Zentralausschusses vom 20. Oktober 1924, daß jedes Mitglied der KPD., das die Möglichkeit dazu hat, freigewerkschaftlich organisiert und tätig sein muß.

Das Zentralkomitee wird beauftragt, sofort nach dem Parteitag genaue Anweisungen für eine Generalkontrolle und für die weitere dauernde Kontrolle über die Mitgliedschaft und die Tätigkeit der Mitglieder der KPD. in den freien Gewerkschaften durchzuführen.

Das Zentralkomitee soll zum 1. Oktober 1925 erstmalig über das Ergebnis dieser Kontrollarbeit öffentlich Bericht erstatten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id495230650-19250724/4